

Arbeitsakte

# Akte Common-Law-Kompass: Crossborder Supply & License Agreement

common-law-kompass-crossborder-contract

Die RheinMain Sensors GmbH (nachfolgend: "RS") mit Sitz in Hamburg entwickelt und produziert hochpräzise Industriesensoren für maritime und petrochemische Anwendungen. Seit September 2022 – angebahnt auf der Offshore Europe-Messe in Aberdeen – verhandelt RS mit der Blue Harbor Systems Inc. (Wilmington, Delaware) und deren englischer Tochtergesellschaft Blue Harbor (UK) Ltd. (London, EC3A) über ein

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

# Inhaltsverzeichnis

| Teil   | Inhalt                     |
|--------|----------------------------|
| Teil 1 | Aktenstücke (Markdown) (5) |
| Teil 2 | Word-Dokumente (2)         |

## Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01\_mandantenbriefing.md

# Mandantenbriefing – Crossborder-Liefer- und Lizenzvertrag

> **Aktenzeichen:** CLC-2024-HH-007 > **Datum:** 14. März 2024 > **Bearbeiter:** RA Thomas Brandt, LL.M. (London), Kanzlei Brandt & Wessel, Hamburg > **Mandantin:** RheinMain Sensors GmbH, Baumwall 7, 20459 Hamburg > **Vertraulich – Anwalt-Mandanten-Privileg**

## 1. Sachverhalt

Die RheinMain Sensors GmbH (nachfolgend: "Mandantin") ist ein mittelständisches Technologieunternehmen mit Sitz in Hamburg, das hochpräzise Industriesensoren für die maritime Schifffahrt, Offshore-Öl- und Gasanlagen sowie petrochemische Prozessleitsysteme entwickelt und produziert. Das Unternehmen wurde 2008 gegründet, beschäftigt derzeit 147 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Umsatz von ca. EUR 38,6 Mio.

Seit dem ersten Quartal 2023 führt die Mandantin Verhandlungen mit der Blue Harbor Systems Inc., einem in Wilmington, Delaware, eingetragenen Konzern (Handelsregisternummer: DE-4871203), über den Abschluss eines umfassenden Liefer- und Lizenzvertrags (nachfolgend: "Hauptvertrag"). Blue Harbor Systems Inc. betreibt über ihre vollständig beherrschte Tochtergesellschaft Blue Harbor (UK) Ltd., eingetragen im Companies House unter der Nummer 12345678, Registered Office: 30 St Mary Axe, London EC3A 8EP, den europäischen Vertrieb und beabsichtigt, die Sensortechnik der Mandantin in ihre Offshore-Monitoring-Plattform "TideSense Pro" zu integrieren.

Gegenstand des geplanten Vertrags ist:

- Die Lieferung von jährlich 2.000 bis 4.000 Einheiten des Sensormodells RS-900X (Hochdruck-Temperaturdrucksensor, ATEX-zertifiziert) über eine Laufzeit von fünf Jahren;
- Die Einräumung einer nicht-exklusiven, nicht-übertragbaren Lizenz an der zugehörigen Kalibrierungssoftware "RMS-Calibrate 4.2" für die Dauer des Lieferverhältnisses;
- Die Erbringung begleitender Ingenieur-Serviceleistungen (Installation, Kalibrierung, Ersatzteilversorgung).

Der Gesamtvolumen des Vertrags beläuft sich auf voraussichtlich EUR 18,5 Mio. über fünf Jahre. Als Ansprechpartner auf Seiten der Gegenseite fungiert Rechtsanwalt Michael T. Johnson, Partner der New Yorker Kanzlei Carver, Whitmore & Finch LLP, der gemeinsam mit dem Londoner Büro der Kanzlei – geleitet von Solicitor Amanda Clarke – die Verhandlungen führt.

## 2. Mandantenziele

Die Mandantin verfolgt in den Vertragsverhandlungen folgende Kernziele:

**2.1 Rechtssicherheit für die Zahlungsabwicklung** Die Mandantin besteht darauf, dass sämtliche Zahlungsverpflichtungen (Kaufpreis, Lizenzgebühren, Servicevergütung) dem deutschen Recht

unterliegen, hilfsweise dem Recht Englands und Wales. New York Law ist für die Mandantin als Vertragsstatut nicht akzeptabel, da sie keinerlei Rechtsinfrastruktur oder juristische Expertise in den USA unterhält und eine Rechtsverfolgung in New York mit prohibitiv hohen Kosten verbunden wäre. Der Hamburger Standort erlaubt zudem die Einbindung der Hausbank (Commerzbank AG, Hamburg) und des Steuerberaters ohne Mehraufwand.

**2.2 Durchsetzbare Sicherheit durch Parent Guarantee** Da die unmittelbare Vertragspartnerin die UK-Tochtergesellschaft Blue Harbor (UK) Ltd. sein soll, verlangt die Mandantin eine selbstschuldnerische Bürgschaft (im englischen Vertragsentwurf als "Parent Guarantee" oder "First Demand Guarantee" bezeichnet) der US-Muttergesellschaft Blue Harbor Systems Inc. als Konzernsicherheit. Die Mandantin möchte sicherstellen, dass diese Bürgschaft in Deutschland unmittelbar vollstreckbar ist und nicht lediglich eine sekundäre Ausfallbürgschaft darstellt.

**2.3 Beschränkung der Haftungsrisiken** Die Mandantin akzeptiert eine verschuldensunabhängige Produkthaftung nach dem Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG), lehnt jedoch die von der Gegenseite vorgeschlagene "broad indemnification" im US-Stil ab, die de facto eine verschuldensunabhängige Schadloshaltung auch für Schäden Dritter vorsieht, die auf der unsachgemäßen Verwendung der Sensoren durch den Käufer beruhen. Die Haftungsbeschränkung soll bei EUR 5 Mio. pro Schadensfall, maximal EUR 10 Mio. für alle Schadensfälle innerhalb eines Vertragsjahres, gedeckelt werden.

**2.4 Gerichtsstand Hamburg / Wahlweise DIS-Schiedsverfahren** Die Mandantin präferiert den ordentlichen Gerichtsstand Hamburg (Landgericht Hamburg als erste Instanz gemäß § 38 ZPO). Als Kompromisslösung ist die Mandantin bereit, ein Schiedsverfahren nach der Schiedsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) mit Schiedsort Hamburg zu akzeptieren. Abgelehnt werden das von der Gegenseite favorisierte LCIA-Schiedsverfahren London (hohe Vorabkosten, englisches Verfahrensrecht) sowie ICC-Verfahren mit Sitz Genf.

**2.5 Liefersicherheit und Qualitätsstandards** Alle gelieferten Sensoreinheiten müssen den Zertifizierungsanforderungen der DIN EN 60079-0 (ATEX-Richtlinie Gruppe II, Kategorie 2) entsprechen und mit dem CE-Kennzeichen versehen sein. Die Mandantin besteht auf einer eigenen Qualitätssicherungsklausel, die ihr das Recht gibt, bei zwei aufeinanderfolgenden Lieferungen mit einer Ausschussrate von mehr als 1,5 % vom Vertrag zurückzutreten, ohne Schadensersatz leisten zu müssen (Rücktrittsrecht nach § 323 BGB).

### 3. Hintergrund der Geschäftsbeziehung

Die ersten Kontakte zwischen RheinMain Sensors GmbH und Blue Harbor Systems Inc. gehen auf die Offshore Europe-Messe in Aberdeen vom September 2022 zurück. Dr. Anke Förster, Geschäftsführerin der Mandantin, und Charles Whitmore, CEO von Blue Harbor Systems Inc., vereinbarten nach einer Produktdemonstration einen Letter of Intent (LoI) vom 15. Dezember 2022. Dieser LoI enthielt eine Exklusivitätsverpflichtung der Mandantin für sechs Monate (abgelaufen am 15. Juni 2023) und eine unverbindliche Absichtserklärung über den Mindestabnahmewert.

Im Laufe der Verhandlungen traten erhebliche Spannungen auf, die im Kern auf unterschiedliche Rechtsverständnisse und Terminologien zurückzuführen sind:

- **Bürgschaft vs. Guarantee vs. Indemnity:** Der erste englische Vertragsentwurf der Gegenseite verwendete den Begriff "indemnity" für die Konzernhaftung, was aus deutscher Sicht eine weitergehende, verschuldensunabhängige Einstandspflicht suggeriert, die über eine einfache Bürgschaft (§§ 765 ff. BGB) deutlich hinausgeht. Gleichzeitig fehlt dem Begriff "guarantee" im englischen Recht die akzessorische Bindung an die Hauptschuld, wie sie § 767 BGB für das deutsche Bürgschaftsrecht vorsieht.
- **Damages vs. Schadensersatz:** Der Entwurf sah einen "waiver of consequential damages" vor. Aus deutscher Sicht ist unklar, ob darunter entgangener Gewinn (§ 252 BGB) fällt, da der Begriff

"consequential damages" in US-amerikanischen und englischen Rechtssystemen teilweise unterschiedlich abgegrenzt wird. Nach deutschem Recht wäre ein vollständiger Ausschluss des entgangenen Gewinns in AGB nach § 309 Nr. 7 BGB unwirksam.

- **Consideration:** Der Entwurf enthielt die klassische US-amerikanische Formel "for good and valuable consideration, the receipt and sufficiency of which are hereby acknowledged." Aus Sicht des deutschen Rechts ist die Frage der Gegenleistung im Rahmen der Vertragspflichten bereits geregelt; die Formel ist funktionslos und könnte im Streitfall zu Fehldeutungen führen.

- **Warranty vs. Gewährleistung:** Der Begriff "warranty" wird im US-Recht sowohl für vertragliche Garantieverprechen (guarantee) als auch für gesetzliche Gewährleistungsrechte genutzt. Im vorliegenden Entwurf wurde ein "disclaimer of implied warranties" eingebaut, der sämtliche stillschweigend mitgedachten Beschaffenheitsgarantien ausschließen soll – aus Sicht des deutschen Sachmängelrechts (§§ 434 ff. BGB) eine bedenkliche Klausel, da das dispositive Gewährleistungsrecht für Unternehmer zwar abdingbar, der vollständige Ausschluss aber bei AGB-Verwendung eingeschränkt ist.

Im Oktober 2023 wurde erstmals ein vollständiger Vertragsentwurf von der Gegenseite übermittelt (42 Seiten, New York Law, LCIA-Schiedsklausel). Dieser Entwurf ist die Verhandlungsgrundlage für das laufende Mandat.

## 4. Rechtliche Schwerpunkte und Risikohinweise

### 4.1 Rechtswahl

Nach Art. 3 Abs. 1 Rom I-VO können die Parteien das auf den Vertrag anwendbare Recht frei wählen. Da der Vertrag Elemente eines Kaufvertrags (Lieferung), eines Lizenzvertrags sowie eines Dienstleistungsvertrags enthält, sind unterschiedliche Anknüpfungspunkte denkbar. Die Mandantin sollte auf eine einheitliche Rechtswahl bestehen – vorzugsweise deutsches Recht, das für alle Vertragsteile gilt. Eine Spaltung (dépeçage) in New York Law für Zahlungen, Delaware Law für Corporate-Angelegenheiten und English Law für Streitbeilegung birgt erhebliche Widerspruchsrisiken und erhöht die Anwaltskosten exponentiell.

### 4.2 Schiedsklausel

Für den Fall einer Einigung auf ein Schiedsverfahren ist die DIS-Standardklausel zu empfehlen: > **"Alle Streitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig entschieden. Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Schiedsort ist Hamburg. Verfahrenssprache ist Englisch."**

### 4.3 Exportkontrolle / ITAR

Die RS-900X-Sensoren könnten unter dual-use-Kontrollen der EU-Dual-Use-Verordnung (Verordnung (EU) 2021/821) fallen, falls sie für Offshore-Plattformen mit militärischem Potential verwendet werden. Ein Export-Compliance-Audit vor Vertragsunterzeichnung wird dringend empfohlen.

### 4.4 DSGVO / Datenschutz

Im Rahmen der Fernwartung der RMS-Calibrate-Software werden möglicherweise Betriebsdaten vom Einsatzort der Sensoren an die Mandantin übermittelt. Sofern es sich dabei um personenbezogene Daten handelt, ist ein Data Processing Agreement (DPA) gemäß Art. 28 DSGVO erforderlich, da die Mandantin als Auftragsverarbeiterin agieren könnte.

## 5. Weiteres Vorgehen / Auftrag

Die Mandantin beauftragt die Kanzlei Brandt & Wessel mit:

1. Überarbeitung des Vertragsentwurfs der Gegenseite nach deutschem Recht (Gegentwurf);
2. Erstellung eines Termsheets für die bevorstehende Verhandlungsrunde am 22. April 2024 in London;
3. Führung der Korrespondenz mit Carver, Whitmore & Finch LLP in englischer Sprache;
4. Erstellung einer Glossartabelle "False Friends" für das interne Management der Mandantin;
5. Beratung zu Exportkontrolle und DSGVO-Compliance.

Streitwert des Mandats: EUR 18.500.000 Honorarvereinbarung: Stundenhonorar EUR 420 zzgl. MwSt., zuzüglich Auslagen.

\*Dieses Briefing ist vertraulich und unterliegt dem anwaltlichen Berufsgeheimnis. Es dient ausschließlich der internen Fallvorbereitung.\*

Datei: 02\_bilingual\_draft\_excerpt.md

## Vorschau: 02\_bilingual\_draft\_excerpt

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

### Bilingualer Vertragsauszug – Supply and License Agreement

Parteien: RheinMain Sensors GmbH | Blue Harbor (UK) Ltd.

Aktenzeichen: CLC-2024-HH-007 | Stand: Arbeitsentwurf v2.3, 08. April 2024

Hinweis: DE-Spalte = bevorzugte Fassung der Mandantin | EN-Spalte = konsolidierter Entwurf. Eckige Klammern [...] kennzeichnen offene Punkte.

#### Klausel 1 – Anwendbares Recht / Governing Law

##### DE:

Deutsch (DE-Fassung)

##### EN:

English (Consolidated Draft)

##### DE:

#### § 12 Anwendbares Recht

Dieser Vertrag sowie alle damit zusammenhängenden außervertraglichen Schuldverhältnisse unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) und der Kollisionsnormen des Internationalen Privatrechts.

Die Parteien sind sich einig, dass die Rechtswahl keinen Einfluss auf zwingende Verbraucherschutzvorschriften hat, sofern solche Vorschriften nach Art. 6 Rom I-VO anwendbar bleiben.

##### EN:

#### Clause 12 Governing Law

This Agreement and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it shall be exclusively governed by and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany,

excluding the CISG and any conflict-of-law rules.

The Parties acknowledge that this choice of law does not affect any mandatory consumer protection provisions of a Party's country of habitual residence to the extent such provisions remain applicable pursuant to Art. 6 Rome I Regulation.

**DE:**

[Offener Punkt: Gegenseite besteht auf New York Law für Payment-Klauseln; abgelehnt.]

**EN:**

[Open issue: Counterparty requests New York law for payment provisions; rejected by Supplier.]

## **Klausel 2 – Streitbeilegung / Dispute Resolution**

**DE:**

Deutsch (DE-Fassung)

**EN:**

English (Consolidated Draft)

**DE:**

### **§ 13.1 Einigungsversuch**

Bei Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag verpflichten sich die Parteien, innerhalb von dreißig (30) Tagen nach schriftlicher Benachrichtigung zunächst eine gütliche Einigung auf Ebene der Geschäftsführung zu versuchen.

**EN:**

### **Clause 13.1 Amicable Settlement**

In the event of any dispute arising out of or in connection with this Agreement, the Parties shall first attempt to resolve such dispute amicably through senior management negotiations within thirty (30) days of written notice from one Party to the other.

**DE:**

### **§ 13.2 Schiedsverfahren**

Kann keine gütliche Einigung erzielt werden, werden alle Streitigkeiten ausschließlich durch ein Schiedsgericht gemäß der DIS-Schiedsgerichtsordnung 2021 entschieden. Das Schiedsgericht besteht aus drei (3) Schiedsrichtern. Schiedsort ist Hamburg. Verfahrenssprache ist Englisch.

**EN:**

### **Clause 13.2 Arbitration**

If no amicable settlement is reached, all disputes shall be finally resolved by arbitration under the DIS Arbitration Rules 2021. The arbitral tribunal shall consist of three (3) arbitrators. The seat of arbitration shall be Hamburg, Federal Republic of Germany. The language shall be English.

**DE:**

### **§ 13.3 Einstweiliger Rechtsschutz**

Ungeachtet der Schiedsklausel steht jeder Partei das Recht zu, vor dem Landgericht Hamburg einstweiligen Rechtsschutz zu beantragen.

**EN:**

Clause 13.3 Interim Relief

Notwithstanding the arbitration agreement, each Party retains the right to seek interim measures from the Regional Court of Hamburg (Landgericht Hamburg).

### **Klausel 3 – Freistellung / Indemnification**

**DE:**

Deutsch (DE-Fassung)

**EN:**

English (Consolidated Draft)

**DE:**

§ 14.1 Freistellung durch den Lieferanten

Der Lieferant stellt den Käufer und dessen verbundene Unternehmen, Organe, Mitarbeiter und Beauftragte von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, soweit diese unmittelbar auf einer schuldhaften Verletzung einer Vertragspflicht oder auf einem Produktfehler i.S.d. § 3 ProdHaftG beruhen.

**EN:**

Clause 14.1 Supplier Indemnity

The Supplier shall indemnify, defend and hold harmless the Buyer and its affiliates, officers, employees and agents from and against any third-party claims to the extent such claims are directly caused by the Supplier's culpable breach of contract or a product defect within the meaning of Section 3 of the German Product Liability Act (Produkthaftungsgesetz).

**DE:**

§ 14.2 Ausschluss

Eine Freistellungspflicht besteht nicht bei bestimmungswidriger Verwendung durch den Käufer, eigenen Fehlern des Käufers oder eigenmächtigen Modifikationen ohne Zustimmung des Lieferanten.

**EN:**

Clause 14.2 Exclusions

The Supplier's indemnification obligation shall not apply to claims arising from improper use of the Deliverables by the Buyer, the Buyer's own negligence, or modifications made without the Supplier's prior written consent.

**DE:**

[Anm.: "Hold harmless" hat im deutschen Recht keine eigenständige Bedeutung.]

**EN:**

[Note: The "hold harmless" language has no independent legal meaning under German law.]

### **Klausel 4 – Haftungsbeschränkung / Limitation of Liability**

**DE:**



Deutsch (DE-Fassung)

**EN:**

English (Consolidated Draft)

**DE:**

#### § 15.1 Haftungsdeckel

Die Gesamthaftung des Lieferanten ist begrenzt auf EUR 5.000.000 pro Schadensfall und EUR 10.000.000 für alle Schadensfälle innerhalb eines Vertragsjahres.

**EN:**

#### Clause 15.1 Liability Cap

The Supplier's aggregate liability shall be limited to EUR 5,000,000 per individual claim and EUR 10,000,000 for all claims within one contract year.

**DE:**

#### § 15.2 Ausschluss mittelbarer Schäden

Soweit gesetzlich zulässig, haftet keine Partei für mittelbare Schäden, Folgeschäden, entgangenen Gewinn oder Datenverluste, außer in Fällen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit sowie bei zwingender gesetzlicher Haftung.

**EN:**

#### Clause 15.2 Exclusion of Indirect Damages

To the extent permitted by applicable law, neither Party shall be liable for indirect, incidental or consequential damages, loss of profit, loss of revenue or loss of data, except in cases of wilful misconduct, gross negligence, or mandatory statutory liability.

**DE:**

#### § 15.3 Vorbehalt

Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) sowie bei Ansprüchen aus dem ProdHaftG.

**EN:**

#### Clause 15.3 Mandatory Law Carve-Out

The limitations of liability shall not apply to damages resulting from injury to life, body or health, to breaches of fundamental contractual obligations (Kardinalpflichten), or to claims under the Produkthaftungsgesetz.

### **Klausel 5 – Höhere Gewalt / Force Majeure**

**DE:**

Deutsch (DE-Fassung)

**EN:**

English (Consolidated Draft)

**DE:**

#### § 16.1 Definition

Höhere Gewalt bezeichnet Ereignisse, die außerhalb des zumutbaren Einflussbereichs einer Partei liegen, zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbar waren und deren Folgen auch durch zumutbare Sorgfalt nicht hätten abgewendet werden können.

**EN:**

#### Clause 16.1 Definition

Force Majeure means events beyond the reasonable control of a Party that were not foreseeable at the time of conclusion of the Agreement and whose consequences could not have been avoided by reasonable diligence.

**DE:**

#### § 16.2 Rechtsfolge

Tritt ein Ereignis höherer Gewalt ein, ist die betroffene Partei für die Dauer des Ereignisses von der Erfüllungspflicht befreit. Die betroffene Partei hat die andere Partei unverzüglich, spätestens innerhalb von fünf (5) Werktagen, schriftlich zu informieren.

**EN:**

#### Clause 16.2 Effect

Upon the occurrence of a Force Majeure event, the affected Party shall be relieved of its obligations for the duration of such event. The affected Party shall notify the other Party promptly, and in any event within five (5) Business Days, in writing.

**DE:**

#### § 16.3 Kündigungsrecht

Dauert ein Ereignis höherer Gewalt länger als neunzig (90) Kalendertage, ist jede Partei berechtigt, den Vertrag durch schriftliche Erklärung außerordentlich zu kündigen, ohne Schadensersatz schulden zu müssen.

**EN:**

#### Clause 16.3 Termination Right

If a Force Majeure event continues for more than ninety (90) calendar days, either Party may terminate this Agreement by written notice to the other Party without liability for such termination.

Datei: 03\_term\_sheet\_delaware\_english\_law.md

## Vorschau: 03\_term\_sheet\_delaware\_english\_law

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

### Term Sheet - Rechtsvergleich

**Delaware / New York Law vs. English Law vs. Deutsches Recht**

| Nr. | Thema                     | Delaware / New York Law  | English Law   | Deutsches Recht   | Empfehlung / Mandantin   |
|-----|---------------------------|--|---|---|--|
| 1   | Anwendbares Recht         | New York Law (Zahlungen), Delaware Law (Corporate Auth.)                   | Recht von England und Wales (gesamt)  | Deutsches Recht (BGB, HGB) fuer alle Teile  | DE bevorzugt. Einheitliches Statut vermeidet Depegage-Risiken.                   |
| 2   | Consideration             | Zwingend; nominal consideration (USD 1) ausreichend                        | Zwingend; Formel "for good and valuable consideration" genuegt                | Irrelevant als Wirksamkeitsvoraussetzung; kein Aequivalent im BGB                       | DE unkomplizierter. Consideration-Formel weglassen.                              |
| 3   | Gewährleistung / Warranty | UCC Art. 2: Implied warranty of merchantability; AS-IS-Disclaimer moeglich | Sale of Goods Act 1979; Implied terms; B2B teilweise abdingbar                | §§ 434-445 BGB: Sachmangelhaftung; Mangelruege § 377 HGB                                | DE: Mangelruegefristen schuetzen Lieferanten. US-Disclaimer in DE-AGB unwirksam. |
| 4   | Haftungsdeckel            | Cap = 12 Monate Verguetung; Carve-outs fuer Indemnities                    | Direct damages cap = Jahresauftragswert; Consequential damages ausgeschlossen | Cap individuell vereinbar; AGB: § 307 BGB-Kontrolle; ProdHaftG zwingend                 | EUR 5 Mio. / EUR 10 Mio.-Cap AGB-konform mit Kardinalpflichten-Carve-Out.        |
| 5   | Consequential Damages     | Vollstaendiger Ausschluss haeufig; NY: unterschiedliche Auslegung          | Hadley v Baxendale-Test; vorhersehbarer Schaden; abdingbar                    | § 252 BGB: entgangener Gewinn = direkter Schaden; AGB-Ausschluss § 309 Nr. 7 unzulassig | Kritisch: US-Waiver in DE-AGB unwirksam. Individuell aushandeln.                 |

| Nr. | Thema                    | Delaware / New York Law                                      | English Law   | Deutsches Recht  | Empfehlung / Mandantin  |
|-----|--------------------------|--|---|--|---|
| 6   | Indemnification          | Broad indemnity; Third-Party Claims; verschuldensunabhängig  | Indemnity = primäre Verpflichtung; Guarantee = akzessorisch               | § 257 BGB: Freistellungsanspruch; § 765 BGB: Bürgschaft; § 414 BGB: Schuldbeitritt           | EN-Indemnity entspricht eher Schuldbeitritt (§ 414 BGB) als Bürgschaft.       |
| 7   | Parent Guarantee         | Corporate Guarantee: Board-Beschluss; Delaware Corp. Law     | Deed of Guarantee: Deed-Form erforderlich; First Demand Guarantee möglich | Bürgschaft §§ 765 ff. BGB: schriftlich, akzessorisch; selbstschuldnerisch § 773 Abs. 1 Nr. 1 | First Demand Guarantee als Deed (EN Law) empfohlen: schnell vollstreckbar.    |
| 8   | Schiedsverfahren         | AAA oder JAMS; Seat NY; FAA; US-Vollstreckung                | LCIA London oder ICC; English Arbitration Act 1996; Seat London           | DIS-SchO 2021; § 1025 ff. ZPO; Seat Hamburg; NYC-Convention                                  | DE bevorzugt. DIS günstiger als LCIA; Hamburg optimal für Mandantin.          |
| 9   | Vertragsstrafe / Penalty | Liquidated damages = valid; penalty clause = void            | Cavendish-Treitel (2015); LD als genuine pre-estimate of loss             | Vertragsstrafe § 339 BGB zulässig; Herabsetzung § 343 BGB möglich                            | Im EN-Text: 'liquidated damages' statt 'penalty' schreiben.                   |
| 10  | Depechage / Split Law    | Üblich: NY (Zahlung) + Delaware (Corp.) + EN (Arbitration)   | Möglich, aber riskant; Widersprüche zwischen Statuten                     | Art. 3 Abs. 1 Rom I-VO erlaubt Depechage; Widerspruch Risiko hoch                            | Ablehnen. Einheitliches Statut (DE oder EN) unbedingt bevorzugen.             |
| 11  | Good Faith               | UCC-Pflicht in Handelsverträgen; kein allg. Common-Law-Gebot | Walford v Miles (1992): kein allg. good-faith-Gebot in EN                 | § 242 BGB: Treu und Glauben als Generalklausel; vorvertraglich §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB | DE stärker: culpa in contrahendo schützt vor Abbruch laufender Verhandlungen. |

| Nr. | Thema                    | Delaware / New York Law  | English Law   | Deutsches Recht   | Empfehlung / Mandantin   |
|-----|--------------------------|--|---|---|--|
| 12  | Datenschutz              | CCPA + State laws; kein Bundes-DS-Gesetz; SCCs fuer EU-Transfer        | UK GDPR + DPA 2018; Angemessenheitsbeschluss 2023 (Uebergangsstatus)      | DSGVO + BDSG; Art. 28 DSGVO: Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV)         | AVV separat abschliessen; UK-Angemessenheitsbeschluss 2024 ueberwachen.                      |
| 13  | Produkthaftung           | Strict liability (Restatement Third); Punitive Damages moeglich; teuer | Consumer Protection Act 1987: Gefaehrungshaftung; keine Punitive Damages  | ProdHaftG: Gefaehrungshaftung; keine Punitive Damages; max. EUR 85 Mio. | ProdHaftG ist zwingend, gilt unabhaengig vom Vertragsstatut (Art. 28 Rom II-VO).             |
| 14  | Intellectual Property    | Work for Hire (17 U.S.C. § 101): Auftragswerk = Eigentum Besteller     | CDPA 1988: Contractor-Werke bleiben beim Ersteller ohne Abtretungsvertrag | UrhG: Schaeferprinzip; kein Work for Hire; nur Nutzungsrechte abtretbar | US-Work-for-hire-Klausel nach DE UrhG wirkungslos. Nutzungsrechtslizenz korrekt formulieren. |
| 15  | Exportkontrolle          | EAR / ITAR; AES-Meldepflicht; US-extraterritorial                      | Export Control Order 2008; UK Strategic Export Licensing (post-Brexit)    | AWG + AWV; EU Dual-Use-VO (EU) 2021/821; ATEX-Klassifizierung pruefen   | Export-Compliance-Audit vor Signing; ATEX-Klasse der RS-900X verifizieren.                   |
| 16  | Kuendigung / Termination | Termination for Convenience + for Cause; Cure Period 30 Tage           | Termination for Breach; kein allg. Ruecktrittsrecht ohne Vertragsklausel  | §§ 314, 323 BGB: Kuendigung aus wichtigem Grund; Fristsetzung           | Ruecktrittsrecht § 323 BGB fuer Qualitaetsmaengel; Heilungsfrist 15 Werktage.                |
| 17  | Eigentumsvorbehalt       | Retention of Title (Romalpa-Clause): UCC § 2-401; filing erforderlich  | Romalpa Clause (Aluminium Industrie v Romalpa, 1976)                      | § 449 BGB: Eigentumsvorbehalt; einfach, veraengert, erweiterter EV      | Erweiterter Eigentumsvorbehalt aufnehmen; Registrierung im UK pruefen.                       |

| Nr. | Thema               | Delaware / New York Law   | English Law  | Deutsches Recht   | Empfehlung / Mandantin   |
|-----|---------------------|---|--|---|--|
| 18  | Preisanpassung      | CPI / PPI-Eskalation; USD-Preis; oft fest oder caps             | RPI / CPI-Indexklausel; GBP-Basis; rechtlich unproblematisch             | §§ 315, 316 BGB; Indexierung an Statistisches Bundesamt; EUR-Basis        | EUR-Preis + deutscher VPI. Währungsrisiko USD/GBP durch EUR-Klausel minimiert. |
| 19  | Geheimhaltung / NDA | DTSA (Defend Trade Secrets Act); NDA 2-5 Jahre; Tort + Contract | Common Law duty of confidence + NDA; keine gesetzliche Mindestlaufzeit   | GeschGehG; Umsetzung EU RL 2016/943; Schutz an Massnahmenpflicht geknüpft | Separates NDA nach GeschGehG; Geheimhaltungsmaßnahmen dokumentieren.           |
| 20  | Gerichtsstand       | SDNY oder EDNY; NY-Gerichte weltweit anerkannt; hohe Kosten     | Commercial Court / High Court London; Vollstreckung via Hague Convention | LG Hamburg § 38 ZPO; schnell; kostengünstig; EuGVVO-Vollstreckung in EU   | LG Hamburg für einstw. Rechtsschutz; DIS-Schiedsklausel für Hauptsache.        |

Zusammenfassung: Praferierte Lösung: Deutsches Recht (Nr. 1), DIS Hamburg (Nr. 8), EUR-Preis (Nr. 18), Parent Guarantee als Deed EN Law (Nr. 7). Nicht verhandelbar: Kein Ausschluss ProdHaftG (Nr. 13), kein vollständiger Waiver of Consequential Damages in AGB (Nr. 5), keine US-Work-for-Hire-Klausel (Nr. 14).

Datei: 04\_false\_friends\_notes.md

## False Friends im Crossborder-Vertragsrecht – Interne Notizen

> **Aktenzeichen:** CLC-2024-HH-007 > **Datum:** April 2024 > **Erstellt von:** RA Thomas Brandt, LL.M. (London), Kanzlei Brandt & Wessel > **Zweck:** Schulungsunterlage für das Management der RheinMain Sensors GmbH; Vorbereitung Verhandlung London

### Einleitung

"False Friends" (faux amis) sind Begriffe, die in zwei Sprachen ähnlich klingen oder geschrieben werden, aber unterschiedliche – teils gegensätzliche – rechtliche Bedeutung haben. Im internationalen Vertragsrecht Deutsch/Englisch führen sie zu erheblichen Missverständnissen und im Streitfall zu

unterschiedlicher Auslegung durch Gerichte verschiedener Rechtsordnungen. Die nachfolgende Liste enthält die 25 wichtigsten false friends aus der laufenden Verhandlung sowie aus dem Schiedsrechts- und Gesellschaftsrechtskontext.

## 1. Indemnity ≠ Schadensersatz

**Englischer Begriff:** \*Indemnity\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Schadensersatz

**Tatsächliche Bedeutung:** Eine Indemnity ist eine **primäre, eigenständige** Einstandspflicht für Schäden und Aufwendungen eines anderen – unabhängig davon, ob die indemnifying party selbst schuldhaft gehandelt hat. Sie entspricht im deutschen Recht am ehesten einem **Schuldbeitritt (§ 414 BGB)** oder einer **Freistellungspflicht (§ 257 BGB)**, nicht jedoch dem Schadensersatzanspruch aus §§ 280 ff. BGB, der Verschulden voraussetzt.

**Beispiel aus dem Vertragsentwurf:** \*"Buyer shall indemnify Supplier against all losses arising from Buyer's misuse of the Deliverables."\* – Hier haftet der Käufer verschuldensunabhängig für alle Schäden aus Fehlgebrauch, was im deutschen Recht nur durch individuelle Vereinbarung (nicht AGB) möglich ist.

## 2. Guarantee ≠ Garantie

**Englischer Begriff:** \*Guarantee\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Garantie

**Tatsächliche Bedeutung:** Im englischen Recht ist eine \*Guarantee\* **akzessorisch**: Sie erlischt, wenn die gesicherte Hauptschuld erlischt. Dagegen meint der deutsche Begriff "Garantie" oft eine **selbstständige, verschuldensunabhängige Einstandspflicht** (ähnlich der amerikanischen Indemnity). Eine \*First Demand Guarantee\* ist dagegen autonom und nicht akzessorisch.

**Beispiel:** \*"Parent Company guarantees the payment obligations of Buyer."\* – Im englischen Recht bedeutet das: Die Bürgschaft erlischt, wenn die Kaufpreisforderung verjährt. Im deutschen Verständnis hätte man ggf. eine weitergehende Einstandspflicht erwartet.

## 3. Warranty ≠ Gewährleistung

**Englischer Begriff:** \*Warranty\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Gewährleistung

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Warranty\* ist im US-amerikanischen und englischen Recht ein vertragliches **Qualitätsversprechen** (Zusicherung), dessen Verletzung primär zu Schadensersatz führt. Der Begriff umfasst sowohl \*express warranties\* (ausdrückliche Zusicherungen) als auch \*implied warranties\* (stillschweigend mitgedachte Beschaffenheitsgarantien nach UCC Art. 2). Die deutsche Gewährleistung (§§ 434 ff. BGB) ist dagegen ein gesetzliches Mängelrecht mit definierten Rechtsbehelfen (Nacherfüllung, Minderung, Rücktritt).

**Beispiel:** \*"Supplier hereby disclaims all implied warranties of merchantability and fitness for a particular purpose."\* – Diese Klausel wäre als AGB in Deutschland nach § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam.

## 4. Consequential Damages ≠ Folgeschäden im deutschen Sinne

**Englischer Begriff:** \*Consequential damages\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Folgeschäden / mittelbare Schäden

**Tatsächliche Bedeutung:** Im US-Recht (UCC § 2-715) sind *\*consequential damages\** Schäden, die nicht unmittelbar aus der Vertragsverletzung folgen, sondern aus den besonderen Umständen des Einzelfalls. In England gilt der *\*Hadley v Baxendale\**-Test. Im deutschen Recht ist entgangener Gewinn (§ 252 BGB) ein **direkter Schaden**, kein Folgeschaden. Ein vollständiger Ausschluss als AGB ist nach § 309 Nr. 7 BGB unwirksam.

**Beispiel:** *"Neither party shall be liable for any consequential, indirect or incidental damages."* – Im deutschen Recht würde diese Klausel den Ausschluss von entgangenem Gewinn umfassen, was unzulässig ist.

## 5. Consideration ≠ Gegenleistung

**Englischer Begriff:** *\*Consideration\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Gegenleistung / Entgelt

**Tatsächliche Bedeutung:** *\*Consideration\** ist im Common Law eine zwingende Wirksamkeitsvoraussetzung für Verträge: Ohne Consideration ist kein Vertrag bindend. Im deutschen Recht ist dies kein eigenständiges Erfordernis; Verträge sind allein durch Einigung auf alle wesentlichen Punkte wirksam. Die Formel *"for good and valuable consideration, receipt whereof is hereby acknowledged"* ist nach deutschem Recht funktionslos.

**Beispiel:** Setzt man diese Formel in einen deutschen Vertrag, hat sie keinerlei rechtliche Wirkung – kann aber im Auslegungstreit Verwirrung stiften.

## 6. Penalty ≠ Strafe / Vertragsstrafe

**Englischer Begriff:** *\*Penalty (clause)\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Strafe / Vertragsstrafe

**Tatsächliche Bedeutung:** Im englischen Recht (bis 2015: *\*Dunlop Pneumatic Tyre Co v New Garage\**; heute: *\*Cavendish Square\*-Test*) war eine *\*penalty clause\** traditionell **nichtig**. Nur *\*liquidated damages\** (vorab quantifizierter Schadensersatz) waren wirksam. Nach deutschem Recht ist die Vertragsstrafe (§ 339 BGB) ausdrücklich zulässig und kann nur nach § 343 BGB auf Antrag herabgesetzt werden.

**Beispiel:** *"In case of delay, Supplier shall pay a penalty of 0.1% per day."* – In einem englisch-rechtlichen Vertrag müsste es heißen: *"liquidated damages of 0.1% per day"*, um Unwirksamkeitsrisiken zu vermeiden.

## 7. Rescission ≠ Rücktritt

**Englischer Begriff:** *\*Rescission\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Rücktritt

**Tatsächliche Bedeutung:** *\*Rescission\** im englischen Recht meint die **rückwirkende Auflösung** des Vertrags, als ob er nie geschlossen worden wäre (z.B. wegen Arglist oder Irrtums). *\*Termination\** meint die **zukunftswirkende Auflösung** bei Vertragsverletzung. Der deutsche Rücktritt (§§ 323 ff. BGB) wirkt hingegen ex nunc mit Rückgewähransprüchen (§§ 346 ff. BGB) und entspricht je nach Kontext eher *\*termination\**.

**Beispiel:** Den Satz *"RheinMain Sensors may rescind the Agreement in case of material breach"* sollte man im Vertrag durch *"terminate"* ersetzen, um Unklarheiten zu vermeiden.



## 8. Material Breach ≠ Wesentliche Pflichtverletzung

**Englischer Begriff:** \*Material breach\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Wesentliche Pflichtverletzung

**Tatsächliche Bedeutung:** Im deutschen Recht richtet sich das Rücktrittsrecht nach § 323 Abs. 5 BGB danach, ob die Pflichtverletzung **unerheblich** ist (dann kein Rücktritt). \*Material breach\* im Common Law bezeichnet einen Verstoß, der den anderen Teil des wesentlichen vertraglichen Nutzens beraubt (\*goes to the root of the contract\*). Die Schwelle ist ähnlich, aber nicht identisch.

**Beispiel:** Ein einmaliger Lieferverzug von drei Tagen ist nach § 323 Abs. 5 BGB "unerheblich" und berechtigt nicht zum Rücktritt. Im US-Recht könnte dieselbe Situation als \*material breach\* qualifiziert werden, wenn time was of the essence.

## 9. Representations ≠ Zusicherungen

**Englischer Begriff:** \*Representations\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Zusicherungen / Erklärungen

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Representations\* sind vorvertragliche Erklärungen, die einen Anspruch auf \*rescission\* und/oder Schadensersatz aus \*misrepresentation\* (Misrepresentation Act 1967) begründen können. Im deutschen Recht sind vorvertragliche Erklärungen über die culpa in contrahendo (§ 311 Abs. 2 BGB) oder die Beschaffenheitsvereinbarung (§ 434 Abs. 1 BGB) geschützt.

**Beispiel:** Eine \*misrepresentation\*-Klage ist schnell erhoben; eine "Zusicherung" im deutschen Sinne liegt dagegen erst vor, wenn die Parteien sie ausdrücklich als Garantie vereinbart haben.

## 10. Assignment ≠ Abtretung / Vertragsübernahme

**Englischer Begriff:** \*Assignment\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Abtretung

**Tatsächliche Bedeutung:** Im Common Law kann die \*benefit\* (Forderungsseite) eines Vertrags ohne Zustimmung abgetreten werden; die \*burden\* (Verpflichtungsseite) nicht. Im deutschen Recht unterscheidet man scharf zwischen der **Forderungsabtretung** (§ 398 BGB, keine Zustimmung des Schuldners nötig) und der **Vertragsübernahme** (§ 415 BGB, Zustimmung aller erforderlich).

**Beispiel:** \*"Buyer may assign this Agreement to an affiliate."\* – Im deutschen Recht würde dies als Vertragsübernahme gewertet, die der Zustimmung der Mandantin bedarf.

## 11. Waiver ≠ Verzicht

**Englischer Begriff:** \*Waiver\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Verzicht

**Tatsächliche Bedeutung:** Im Common Law ist \*waiver\* eine einseitige Aufgabe eines Rechts, die formfrei und durch schlüssiges Verhalten (\*conduct\*) möglich ist. \*Non-waiver clauses\* werden in Verträgen aufgenommen, um versehentliche Waivers zu verhindern. Im deutschen Recht ist ein Verzicht auf Ansprüche (z.B. § 397 BGB: Erlass) ebenfalls grundsätzlich formfrei, muss aber klar erklärt werden.

**Beispiel:** *"Failure to enforce any provision shall not constitute a waiver."* – Diese Klausel ist im deutschen Recht nicht zwingend erforderlich, da Schweigen grundsätzlich kein Verzicht ist, wird aber zur Klarheit empfohlen.

## 12. Estoppel ≠ Verwirkung

**Englischer Begriff:** *\*Estoppel\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Verwirkung / Rechtsmissbrauch

**Tatsächliche Bedeutung:** *\*Estoppel\** im englischen Recht verhindert, dass jemand eine Rechtslage in Anspruch nimmt, der er zuvor selbst widersprochen hat (*\*you are estopped from denying...\**). Im deutschen Recht ist die nächstverwandte Rechtsfigur die **Verwirkung** (§ 242 BGB), die an Zeit (Zeitmoment) und Vertrauenstatbestand (Umstandsmoment) anknüpft.

**Beispiel:** Hat die Mandantin jahrelang eine abweichende Vertragsauslegung der Gegenseite toleriert, könnte sie nach englischem Recht daran *\*estopped\** sein, eine andere Auslegung geltend zu machen.

## 13. Force Majeure ≠ Höhere Gewalt (vollständig)

**Englischer Begriff:** *\*Force Majeure\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Höhere Gewalt

**Tatsächliche Bedeutung:** Im deutschen Recht ist Höhere Gewalt ein anerkanntes Rechtsinstitut. Im englischen Common Law gibt es **kein allgemeines Rechtsinstitut** der Force Majeure – sie gilt nur, wenn sie vertraglich vereinbart ist. Das Pendant ist die Doktrin der *\*Frustration\** (Davis Contractors v Fareham, 1956), die aber enge Voraussetzungen hat. Ohne explizite *\*force majeure clause\** läuft die Vertragspartei unter englischem Recht leer.

**Beispiel:** Ein Lieferant unter englischem Recht ohne force majeure-Klausel haftet trotz Pandemie auf Schadensersatz; unter deutschem Recht kann § 275 BGB (Unmöglichkeit) oder § 313 BGB (Störung der Geschäftsgrundlage) greifen.

## 14. Frustration ≠ Geschäftsgrundlagenstörung

**Englischer Begriff:** *\*Frustration of contract\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Wegfall der Geschäftsgrundlage

**Tatsächliche Bedeutung:** *\*Frustration\** im englischen Recht führt zur **sofortigen und automatischen Auflösung** des Vertrags. § 313 BGB dagegen gibt primär einen Anpassungsanspruch; Auflösung ist nur ultima ratio.

**Beispiel:** Die Verhängung von Sanktionen gegen Russland könnte einen Exportvertrag frustrieren (englisches Recht: Vertragsende sofort) oder eine Anpassungspflicht auslösen (deutsches Recht: Preisanpassung als erster Schritt).

## 15. Termination for Convenience ≠ Ordentliche Kündigung

**Englischer Begriff:** *\*Termination for convenience\**

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Kündigung ohne Grund

**Tatsächliche Bedeutung:** Im US-amerikanischen und englischen Recht ist die \*Termination for Convenience\* (TfC) eine verbreitete Klausel, die jeder Partei erlaubt, den Vertrag ohne Angabe von Gründen gegen Zahlung einer \*Convenience Fee\* zu beenden. Im deutschen Recht gibt es bei Dauerschuldverhältnissen ein gesetzliches Recht zur ordentlichen Kündigung (§ 620 BGB), aber die Konsequenzen sind unterschiedlich.

**Beispiel:** Hat der Vertrag eine TfC-Klausel ohne Entschädigungsregelung, könnte die Gegenseite nach 12 Monaten ohne Grund kündigen und den gesamten Investitionsaufwand der Mandantin vernichten.

## 16. Good Faith ≠ Treu und Glauben

**Englischer Begriff:** \*Good faith\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Treu und Glauben

**Tatsächliche Bedeutung:** Das englische Common Law kennt **\*\*keine allgemeine Pflicht zum \*good faith\* in Vertragsverhandlungen oder Vertragserfüllung (Walford v Miles, 1992). Im deutschen Recht ist § 242 BGB (Treu und Glauben) eine Generalklausel\*\***, die alle Schuldverhältnisse durchzieht und auch vorvertragliche Pflichten begründet (§ 311 Abs. 2 BGB).

**Beispiel:** Bricht die Gegenseite Verhandlungen nach deutschem Recht kurz vor Vertragsschluss ohne triftigen Grund ab, können Schadensersatzansprüche aus culpa in contrahendo entstehen – nach englischem Recht nicht.

## 17. Liquidated Damages ≠ Schadenspauschalierung

**Englischer Begriff:** \*Liquidated damages (LD)\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Schadenspauschalierung / Vertragsstrafe

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Liquidated damages\* sind eine vorab vereinbarte Schadensersatzsumme, die als \*genuine pre-estimate of loss\* gelten muss. Übersteigen sie den tatsächlichen Schaden erheblich, können sie als unzulässige \*penalty\* qualifiziert werden. Im deutschen Recht ist die Vertragsstrafe (§ 339 BGB) unabhängig vom tatsächlichen Schaden zulässig, kann aber nach § 343 BGB herabgesetzt werden.

**Beispiel:** LD von 2 % des Vertragswertes pro Woche Lieferverzug könnten in einem englischen Vertrag als penalty nichtig sein; in einem deutschen Vertrag würden sie als Vertragsstrafe herabsetzbar, aber wirksam bleiben.

## 18. Lien ≠ Pfandrecht / Zurückbehaltungsrecht

**Englischer Begriff:** \*Lien\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Pfandrecht

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Lien\* ist ein Sicherungsrecht nach englischem Recht, das eine Partei berechtigt, Gegenstände zurückzuhalten, bis eine Forderung erfüllt ist (possessory lien). Im deutschen Recht entspricht dies dem **Zurückbehaltungsrecht** (§ 273 BGB) oder dem **kaufmännischen Zurückbehaltungsrecht** (§ 369 HGB), nicht einem Pfandrecht (§§ 1204 ff. BGB) mit Verwertungsrecht.

**Beispiel:** Ein Lien auf Komponenten, die sich bei einem Zwischenhändler befinden, wäre nach deutschem Recht als Zurückbehaltungsrecht, nicht als Pfandrecht zu behandeln.

## 19. Novation ≠ Schuldersetzung / Vertragsübernahme

**Englischer Begriff:** \*Novation\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Schuldersetzung

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Novation\* ersetzt einen alten Vertrag durch einen neuen, wobei alle alten Pflichten erlöschen. Sie erfordert Zustimmung aller Parteien. Im deutschen Recht entspricht dies am ehesten der **befreienden Schuldübernahme** (§ 414 BGB) oder einer vollständigen Vertragsübernahme (§ 415 BGB). Der Begriff "Novation" hat im deutschen Recht keine eigenständige Bedeutung.

**Beispiel:** Bei einer Konzernumstrukturierung der Gegenseite sollte nicht von "Novation" gesprochen werden, sondern konkret eine Vertragsübernahme nach § 415 BGB mit schriftlicher Zustimmung der Mandantin vereinbart werden.

## 20. Set-off ≠ Aufrechnung

**Englischer Begriff:** \*Set-off\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Aufrechnung

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Set-off\* im englischen Recht hat unterschiedliche Ausprägungen (\*legal set-off\*, \*equitable set-off\*, \*transaction set-off\*), die verschiedene Voraussetzungen haben. Im deutschen Recht ist die Aufrechnung (§§ 387 ff. BGB) möglich, wenn Gegenseitigkeit, Gleichartigkeit und Fälligkeit vorliegen. Der vollständige Ausschluss der Aufrechnung in AGB ist nach § 309 Nr. 3 BGB unwirksam (außer bei unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen).

**Beispiel:** Eine Klausel *"Buyer shall have no right of set-off"* würde nach deutschem Recht in AGB einer Inhaltskontrolle nicht standhalten.

## 21. Title ≠ Eigentum / Titel

**Englischer Begriff:** \*Title (to goods)\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Eigentum

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Title\* im Sale of Goods-Kontext meint das Eigentumsrecht an Waren. Im deutschen Recht ist das Eigentumsrecht (\*Eigentum\*, § 903 BGB) streng von der schuldrechtlichen Position getrennt. Ein Eigentumsvorbehalt (§ 449 BGB) heißt auf Englisch *\*retention of title\** oder *\*Romalpa clause\**.

**Beispiel:** Die Klausel *"Title shall pass upon full payment"* entspricht dem deutschen Eigentumsvorbehalt nach § 449 BGB – sollte aber im Vertrag als solcher bezeichnet werden, um Missverständnisse zu vermeiden.

## 22. Breach ≠ Pflichtverletzung (ohne Weiteres)

**Englischer Begriff:** \*Breach of contract\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Pflichtverletzung

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Breach\* im Common Law setzt nur eine objektive Abweichung von der Vertragserfüllung voraus – kein Verschulden. Im deutschen Recht hängen die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung (§ 280 BGB) hingegen grundsätzlich vom **Vertretenmüssen** (§ 276 BGB) ab. Für den Rücktritt (§ 323 BGB) ist kein Verschulden erforderlich; für Schadensersatz schon.

**Beispiel:** Liefert der Sensor aufgrund eines Zuliefererausfalls zu spät, ist das nach deutschem Recht bei unverschuldetem Lieferverzug kein Fall des § 280 BGB; nach Common Law liegt automatisch ein *\*breach\**

vor (Strict Performance).

## 23. Covenant ≠ Versprechen / Nebenabrede

**Englischer Begriff:** \*Covenant\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Versprechen / Vereinbarung

**Tatsächliche Bedeutung:** \*Covenant\* im englischen Recht bezeichnet eine durch \*deed\* (Urkunde mit Siegel) abgegebene verbindliche Verpflichtung, die keine Consideration erfordert. \*Restrictive covenants\* sind Wettbewerbsverbote, die auch Dritte binden können (bei Grundstücken). Im deutschen Recht hat das Wort keine eigene rechtliche Kategorie; es entspricht einer einfachen vertraglichen Verpflichtung.

**Beispiel:** Ein \*post-termination non-compete covenant\* in einem englischen Vertrag entspricht einem nachvertraglichen Wettbewerbsverbot nach § 74 HGB (mit Karenzentschädigung).

## 24. Entire Agreement Clause ≠ Vollständigkeitsklausel (vollständig)

**Englischer Begriff:** \*Entire agreement clause / Merger clause\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Vollständigkeitsklausel / Integrationsklausel

**Tatsächliche Bedeutung:** Im englischen Recht schließt eine \*entire agreement clause\* alle vorherigen Abreden, Zusicherungen und vorvertraglichen Erklärungen aus dem Vertragsinhalt aus. Im deutschen Recht hat eine solche Klausel ähnliche Wirkung (§ 305b BGB schützt Individualabreden; vorvertragliche Zusicherungen können nach § 311 Abs. 2 BGB dennoch haftungsrelevant bleiben).

**Beispiel:** Hat der CEO der Gegenseite in der Verhandlung mündlich eine Liefergarantie abgegeben, schützt die \*entire agreement clause\* den Lieferanten nach englischem Recht nicht vor einer \*misrepresentation\*-Klage.

## 25. Specific Performance ≠ Erfüllungsklage (direkt vergleichbar)

**Englischer Begriff:** \*Specific performance\*

**Naheliegende deutsche Übersetzung:** Erfüllungsklage

**Tatsächliche Bedeutung:** Im deutschen Recht hat der Gläubiger grundsätzlich einen einklagbaren **Primärerfüllungsanspruch** (§ 241 Abs. 1 BGB), der direkt vollstreckbar ist (§§ 883 ff. ZPO). Im englischen Common Law ist \*Specific Performance\* dagegen ein **equitable remedy** (Ermessensentscheidung des Gerichts), das nur gewährt wird, wenn Schadensersatz nicht ausreicht (typisch bei einzigartigen Waren oder Grundstücken).

**Beispiel:** Weigert sich Blue Harbor (UK) Ltd., die RS-900X-Sensoren abzunehmen, kann RheinMain Sensors vor deutschen Gerichten auf Abnahme und Kaufpreiszahlung klagen – ein direkter Leistungsanspruch. Vor englischen Gerichten wäre \*specific performance\* nur in Ausnahmefällen verfügbar; primär würde Schadensersatz zugesprochen.

## Zusammenfassung für das Management

| Begriff Englisch | Fälle   | Richtige Entsprechung DE      |
|------------------|---|-------------------------------|
| Indemnity        | Nicht = Schadensersatz<br>(Verschulden fehlt) | Freistellung / Schuldbeitritt |

| Begriff Englisch      | Falle                               | Richtige Entsprechung DE                    |
|-----------------------|-------------------------------------|---|
| Guarantee             | Nicht = DE-Garantie (akzessorisch!) | Bürgschaft / Akzessorische Einstandspflicht |
| Warranty              | Nicht = Sachmängelhaftung BGB       | Vertragliches Qualitätsversprechen          |
| Consequential damages | Enger als "Folgeschäden" DE         | Mittelbare/indirekte Schäden                |
| Consideration         | In DE irrelevant als Voraussetzung  | Gegenleistung / (keine Entsprechung)        |
| Penalty clause        | In EN oft nichtig                   | Vertragsstrafe (§ 339 BGB, gültig)          |
| Rescission            | Rückwirkend, nicht = Rücktritt      | Anfechtung (ähnlicher)                      |
| Good faith            | In EN kein allg. Gebot              | § 242 BGB (Generalklausel)                  |
| Set-off               | Nuancierter als Aufrechnung         | Aufrechnung (§§ 387 ff. BGB)                |
| Specific performance  | Nur im Ermessen in EN               | Primärerfüllungsanspruch (§ 241 BGB)        |

Datei: 05\_email\_opposing\_counsel.md

## Verhandlungs-E-Mails – Opposing Counsel Correspondence

> **Aktenzeichen:** CLC-2024-HH-007 > **Parteien:** RheinMain Sensors GmbH (vertreten durch RA Thomas Brandt, Brandt & Wessel, Hamburg) | Blue Harbor (UK) Ltd. / Blue Harbor Systems Inc. (vertreten durch Michael T. Johnson, Esq., und Amanda Clarke, Solicitor, Carver, Whitmore & Finch LLP) > **Zeitraum:** März – April 2024

### E-Mail 1 von 3 – Erster Entwurf-Kommentar Gegenseite an Brandt (25. März 2024)

> **Von:** Michael T. Johnson > **An:** Thomas Brandt > **Cc:** Amanda Clarke ; Lena Voss > **Datum:** 25. März 2024, 16:42 Uhr (GMT) > **Betreff:** Re: RheinMain/Blue Harbor – Supply & License Agreement (v1.0) – Initial Comments > **Aktenzeichen (CWF):** M-2024-0312-RMS

Dear Thomas,

Thank you for making time for our call on Thursday. As discussed, I am sharing our initial comments on the draft Supply and License Agreement (v1.0) circulated by your office on 14 March 2024. Amanda and I have reviewed the draft together with our client's in-house counsel in Wilmington, and I want to flag three substantive issues that we believe need resolution before we can proceed to a redline.

#### 1. Governing Law

Our client maintains its position that New York law should govern the payment provisions (Clause 12), given that Blue Harbor Systems Inc.'s treasury operations are based in New York and all intercompany settlements run through accounts held at JPMorgan Chase, New York. We understand that RheinMain

Sensors is uncomfortable with full New York law governance. As a compromise, we would propose the following: (i) Clause 12 (Governing Law) to provide English law for the main agreement; (ii) the Parent Guarantee to be governed by Delaware law as it relates to the corporate authority of Blue Harbor Systems Inc. We do not consider this to be an unusual arrangement for transactions of this size.

## **2. Indemnification (Clause 14)**

We inserted our standard US indemnity package, which includes a broad hold-harmless provision in favour of all Blue Harbor affiliates. Our client requires this coverage in light of the offshore deployment environments for the RS-900X sensors – the risk of third-party personal injury claims in the North Sea or Gulf of Mexico context is real and cannot be left uncovered. The current draft limits the indemnity to "culpable breach" (schuldhafter Verstoß), which is not adequate from a US law perspective. Please confirm whether your client is willing to accept a strict liability indemnity for product defects (mirroring the US strict liability standard under the Restatement Third of Torts), in addition to the statutory regime under the Produkthaftungsgesetz.

## **3. Consequential Damages Waiver (Clause 15)**

We note that your draft includes a carve-out for "wilful misconduct or gross negligence" from the consequential damages exclusion. Our client cannot accept this carve-out as drafted. Under New York law, consequential damages waivers are routinely enforced without such carve-outs, even in cases of gross negligence (absent intentional fraud). We appreciate that German law may impose restrictions on AGB-based exclusions, but given that we are proposing English law as the governing law, we believe a full consequential damages waiver is appropriate here.

We look forward to your response and propose a call for Wednesday, 3 April, 10:00 AM London time (11:00 AM Hamburg). Please confirm availability.

Kind regards,

**Michael T. Johnson** Partner, Carver, Whitmore & Finch LLP 30 Rockefeller Plaza, 42nd Floor | New York, NY 10112 T: +1 212 555 0190 | M: +1 917 555 0443

\*Admitted in New York and New Jersey\*

## **Deutsche Begleitnotiz (intern, Kanzlei Brandt & Wessel)**

**Aktenvermerk Nr. 3** | AZ: CLC-2024-HH-007 | Datum: 25. März 2024

**Bearbeiter:** RA Thomas Brandt | **Adressat:** Akte / Dr. Anke Förster (RheinMain Sensors)

**Inhalt:** Gegenseite versucht in Punkt 1 den Einstieg in eine Rechtsspaltung (Englisches Recht + Delaware für Garantie + implizit NY für Zahlungen). Das ist strategisch konsequent, aber für uns nicht hinnehmbar. Die Konzernhaftung (Garantie) muss aus unserer Sicht nach deutschem Recht geprüft werden – ein Delaware-Board-Beschluss ersetzt nicht die Schriftform nach § 766 BGB.

In Punkt 2 versucht die Gegenseite, den deutschen Verschuldensgrundsatz (§ 276 BGB) durch US-Strict Liability zu ersetzen. Das ist bei deutschem Vertragsstatut nicht möglich; ProdHaftG gilt als zwingendes Recht ohnehin.

In Punkt 3: Der Ausschluss des consequential damages-Waivers bei gross negligence ist für uns verhandelbar, wenn paralleler Ausschluss bei vorsätzlichem Handeln ausdrücklich erhalten bleibt. Der Verweis auf New York Law greift nicht, wenn wir uns auf English Law als Statut einigen.

**Empfehlung:** Ablehnung der Rechtsspaltung; Akzeptanz von English Law als Kompromiss (anstatt deutschem Recht), wenn DIS-Schiedsort Hamburg erhalten bleibt. Strict Liability-Indemnity strikt ablehnen.



## E-Mail 2 von 3 – Antwort Brandt an Johnson (03. April 2024)

> **Von:** Thomas Brandt > **An:** Michael T. Johnson > **Cc:** Amanda Clarke ; Dr. Anke Förster ; Hendrik Wessel > **Datum:** 03. April 2024, 11:15 Uhr (CEST) > **Betreff:** Re: RheinMain/Blue Harbor – Supply & License Agreement – Response to Initial Comments > **Aktenzeichen (BW):** CLC-2024-HH-007

Dear Michael, dear Amanda,

Thank you for your letter of 25 March and for the constructive call this morning. I write to set out RheinMain Sensors' formal position on the three issues you raised.

### 1. Governing Law

RheinMain Sensors cannot accept a split governing law arrangement involving New York law for any part of this Agreement. Our client has no legal infrastructure in the United States, and the prospect of litigating payment disputes under New York law before New York courts would be prohibitively costly. We are, however, instructed to offer the following compromise: **English law (the law of England and Wales) as the sole governing law** for the entire Agreement, including all payment provisions and the Parent Guarantee. This would address your client's concern about the enforceability of the Guarantee under a neutral legal system, while avoiding the cost and unpredictability of US litigation for our client.

We propose the following revised Clause 12.1: *"This Agreement and all non-contractual obligations arising out of or in connection with it shall be governed by and construed in accordance with the law of England and Wales, excluding the CISG."* We would further ask that Clause 12 be supplemented by a specific carve-out confirming that the mandatory provisions of the German Produkthaftungsgesetz shall remain applicable irrespective of the governing law, as required by Art. 28 of Regulation (EC) No 864/2007 (Rome II).

### 2. Indemnification

We reject the proposed strict liability indemnity in the terms suggested. Under German product liability law (Produkthaftungsgesetz), strict liability already applies by statute to product defects causing personal injury or property damage, and this regime cannot be modified or enhanced by contractual indemnification provisions. Any additional contractual indemnity running beyond the statutory regime would need to be individually negotiated and would need to be proportionate in scope.

Our counter-proposal is as follows: The indemnity in Clause 14 covers (i) third-party personal injury and property damage claims directly arising from a proven product defect within the meaning of Section 3 ProdHaftG; (ii) third-party intellectual property infringement claims arising from the RS-900X sensor design. It does not extend to claims arising from improper deployment, integration failure, or third-party software interaction, which are outside our client's sphere of control.

### 3. Consequential Damages

We note your client's position on the gross negligence carve-out. After further reflection, RheinMain Sensors is prepared to accept the following formulation, which we believe is consistent with both English law and the mandatory requirements of German law:

> *"Neither Party shall be liable to the other Party for any indirect, consequential or incidental loss or damage (including loss of profit, loss of revenue, loss of anticipated savings or loss of data) arising out of or in connection with this Agreement, whether arising in contract, tort (including negligence) or otherwise. This exclusion shall not apply in the event of (i) fraud or wilful concealment; (ii) death or personal injury caused by a Party's negligence; or (iii) any mandatory statutory liability that cannot lawfully be excluded."*

This formulation tracks the standard English law carve-outs (fraud, personal injury) while omitting the gross negligence carve-out your client objects to, and includes a saving clause for mandatory statutory liability. We believe this is a fair middle ground.



We propose to circulate a marked-up redline of the Agreement by Friday 12 April. Please confirm that this timetable is acceptable on your end. We remain available for a further call this week if needed.

Yours sincerely,

**Thomas Brandt** Rechtsanwalt / Attorney-at-Law, LL.M. (London) Kanzlei Brandt & Wessel Rechtsanwälte  
PartGmbH Neuer Wall 88 | 20354 Hamburg T: +49 40 555 0220 | F: +49 40 555 0229

\*Zugelassen beim Landgericht Hamburg und allen übergeordneten Gerichten\*

## Deutsche Begleitnotiz (intern, Kanzlei Brandt & Wessel)

**Aktenvermerk Nr. 4** | AZ: CLC-2024-HH-007 | Datum: 03. April 2024

**Bearbeiter:** RA Thomas Brandt | **Adressat:** Dr. Anke Förster (RheinMain Sensors GmbH)

**Inhalt:** In unserer heutigen Antwort haben wir English Law als Kompromissposition angeboten, DIS Hamburg aber nicht preisgegeben (folgt in E-Mail 3). Die Formulierung des consequential damages-Ausschlusses ist jetzt auf englischem Recht aufgebaut und lässt den deutschen Pflichtrahmen (ProdHaftG, Körperschäden) explizit offen. Wichtig für Sie: Der Ausschluss gilt nur für mittelbare Schäden – Ihr entgangener Gewinn bei nachgewiesener Schlechtlieferung bleibt als direkter Schaden angreifbar (insoweit kein Ausschluss!).

**Nächste Schritte:** Redline bis 12. April; parallel erstes Konzept der Parent Guarantee als Deed (Amanda Clarke prüft Deed-Form für englisches Recht). Termin London 22. April bestätigen.

## E-Mail 3 von 3 – Einigung auf Schiedsklausel (12. April 2024)

> **Von:** Amanda Clarke > **An:** Thomas Brandt > **Cc:** Michael T. Johnson ; Lena Voss ; Hendrik Wessel >  
**Datum:** 12. April 2024, 14:33 Uhr (BST) > **Betreff:** Re: RheinMain/Blue Harbor – Dispute Resolution Clause – Agreed Draft > **Aktenzeichen (CWF):** M-2024-0312-RMS

Dear Thomas,

I write separately on the Dispute Resolution clause, which Michael asked me to handle given my experience with multi-jurisdictional arbitration. I am pleased to confirm that, following the call on 10 April, our client has agreed in principle to **DIS arbitration in Hamburg** as the primary dispute resolution mechanism, subject to the following drafting points which I hope we can agree without further negotiation.

### Agreed Elements:

- Institution: Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS), DIS-SchO 2021
- Seat of Arbitration: Hamburg, Federal Republic of Germany
- Number of Arbitrators: Three (3); each Party nominates one, presiding arbitrator appointed by the DIS
- Language: English
- Governing law of arbitration agreement: German law (§§ 1025 et seq. ZPO)
- Interim relief: Reserved to Hamburg courts (Landgericht Hamburg) pending constitution of the tribunal

### Open Point – LCIA Emergency Arbitrator:

Our client had requested the LCIA emergency arbitrator mechanism as a fallback for urgent injunctive relief, given that constituting a three-person DIS tribunal can take four to six weeks. We note that the DIS-SchO 2021 provides for an Emergency Arbitrator (§ 25 DIS-SchO 2021) and would accept DIS's own emergency mechanism as an alternative to the LCIA, provided we include language confirming that the

parties expressly waive the right to seek interim relief from courts other than Hamburg in non-emergency situations.

**Proposed Clause 13 (Agreed Text):**

> \*"13.1 In the event of any dispute arising out of or in connection with this Agreement (including any question regarding its existence, validity or termination), the Parties shall first attempt to resolve such dispute through good faith negotiations at senior management level for a period of thirty (30) days following written notice by either Party.\* > > \*13.2 If no settlement is reached pursuant to Clause 13.1, the dispute shall be finally settled by arbitration under the Rules of the German Arbitration Institute (Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V., DIS) pursuant to the DIS Arbitration Rules 2021, as amended from time to time. The arbitral tribunal shall consist of three arbitrators, each Party nominating one arbitrator and the DIS appointing the presiding arbitrator. The seat of arbitration shall be Hamburg, Federal Republic of Germany. The language of the arbitral proceedings shall be English. The law governing this arbitration agreement shall be German law.\* > > \*13.3 The Parties expressly waive the right to seek interim or conservatory relief from any court other than the Landgericht Hamburg, save in genuine emergency situations where constitution of the emergency arbitrator pursuant to § 25 DIS-SchO 2021 would not provide adequate and timely relief."\*

I believe this wording addresses both parties' concerns. Can you please confirm by close of business Monday, 15 April, that the above is acceptable to RheinMain Sensors, so that we can incorporate it into the consolidated redline before the London meeting on 22 April?

Best regards,

**Amanda Clarke** Solicitor (England and Wales) Carver, Whitmore & Finch LLP – London Office 30 St Mary Axe | London EC3A 8EP T: +44 20 7946 0122 | M: +44 7700 900 571

**Deutsche Begleitnotiz (intern, Kanzlei Brandt & Wessel)**

**Aktenvermerk Nr. 5** | AZ: CLC-2024-HH-007 | Datum: 12. April 2024

**Bearbeiter:** RA Thomas Brandt | **Adressat:** Dr. Anke Förster (RheinMain Sensors GmbH); Akte

**Inhalt:** Sehr positiver Fortschritt. Die Gegenseite akzeptiert jetzt DIS Hamburg als primäre Schiedsinstitution. Die vorgeschlagene Klausel in E-Mail 3 entspricht weitgehend unserer ursprünglichen Position. Der einzige offene Punkt ist der LCIA-Notfallschiedsrichter, den wir durch den DIS-Notfallschiedsrichter (§ 25 DIS-SchO 2021) ersetzen können – das ist unser Heimvorteil.

Der Vorbehalt des Landgerichts Hamburg für einstweiligen Rechtsschutz ist optimal für uns.

**Empfehlung:** Schiedsklausel so akzeptieren. Für London-Termin noch offene Punkte: (a) Parent Guarantee (Deed-Form?), (b) Governing Law English Law finalisieren, (c) Haftungsdeckel EUR-Werte bestätigen.

**Zu tun:** Bestätigung bis Montag 15. April, 17:00 Uhr; Redline von Kanzlei CWF bis Mittwoch 17. April; interne Freigabe durch Dr. Förster bis 19. April.

Word-Dokumente

Datei: 02\_bilingual\_draft\_excerpt.docx

Bilingualer Vertragsauszug – Supply and License Agreement

Parteien: RheinMain Sensors GmbH | Blue Harbor (UK) Ltd.

Aktenzeichen: CLC-2024-HH-007 | Stand: Arbeitsentwurf v2.3, 08. April 2024

Hinweis: DE-Spalte = bevorzugte Fassung der Mandantin | EN-Spalte = konsolidierter Entwurf. Eckige Klammern [...] kennzeichnen offene Punkte.

Klausel 1 – Anwendbares Recht / Governing Law

Klausel 2 – Streitbeilegung / Dispute Resolution

Klausel 3 – Freistellung / Indemnification

Klausel 4 – Haftungsbeschränkung / Limitation of Liability

Klausel 5 – Höhere Gewalt / Force Majeure

Vertragsauszug – Arbeitsentwurf v2.3. Kein vollständiges Vertragsdokument. Inhalte fiktiv. Keine Rechtsberatung. Kanzlei Brandt & Wessel, Hamburg, April 2024.

| Deutsch (DE-Fassung)  | English (Consolidated Draft)  |
|---|---|
| § 12 Anwendbares Recht Dieser Vertrag sowie alle damit zusammenhängenden außervertraglichen Schuldverhältnisse unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) und der Kollisionsnormen des Internationalen Privatrechts. Die Parteien sind sich einig, dass die Rechtswahl keinen Einfluss auf zwingende Verbraucherschutzvorschriften hat, sofern solche Vorschriften nach Art. 6 Rom I-VO anwendbar bleiben. | Clause 12 Governing Law This Agreement and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it shall be exclusively governed by and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany, excluding the CISG and any conflict-of-law rules. The Parties acknowledge that this choice of law does not affect any mandatory consumer protection provisions of a Party's country of habitual residence to the extent such provisions remain applicable pursuant to Art. 6 Rome I Regulation. |
| [Offener Punkt: Gegenseite besteht auf New York Law für Payment-Klauseln; abgelehnt.]   | [Open issue: Counterparty requests New York law for payment provisions; rejected by Supplier.]  |
| Deutsch (DE-Fassung)  | English (Consolidated Draft)  |
| § 13.1 Einigungsversuch Bei Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag verpflichten sich die Parteien, innerhalb von dreißig (30) Tagen nach schriftlicher Benachrichtigung zunächst eine gütliche Einigung auf Ebene der Geschäftsführung zu versuchen.  | Clause 13.1 Amicable Settlement In the event of any dispute arising out of or in connection with this Agreement, the Parties shall first attempt to resolve such dispute amicably through senior management negotiations within thirty (30) days of written notice from one Party to the other.   |
| § 13.2 Schiedsverfahren Kann keine gütliche Einigung erzielt werden, werden alle Streitigkeiten ausschließlich durch ein Schiedsgericht gemäß der DIS-Schiedsgerichtsordnung 2021 entschieden. Das Schiedsgericht besteht aus drei (3) Schiedsrichtern. Schiedsort ist Hamburg. Verfahrenssprache ist Englisch.   | Clause 13.2 Arbitration If no amicable settlement is reached, all disputes shall be finally resolved by arbitration under the DIS Arbitration Rules 2021. The arbitral tribunal shall consist of three (3) arbitrators. The seat of arbitration shall be Hamburg, Federal Republic of Germany. The language shall be English.   |

| Deutsch (DE-Fassung)   | English (Consolidated Draft)  |
|--|---|
| § 13.3 Einstweiliger Rechtsschutz Ungeachtet der Schiedsklausel steht jeder Partei das Recht zu, vor dem Landgericht Hamburg einstweiligen Rechtsschutz zu beantragen.   | Clause 13.3 Interim Relief Notwithstanding the arbitration agreement, each Party retains the right to seek interim measures from the Regional Court of Hamburg (Landgericht Hamburg).   |
| Deutsch (DE-Fassung)   | English (Consolidated Draft)  |
| § 14.1 Freistellung durch den Lieferanten Der Lieferant stellt den Käufer und dessen verbundene Unternehmen, Organe, Mitarbeiter und Beauftragte von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, soweit diese unmittelbar auf einer schuldhaften Verletzung einer Vertragspflicht oder auf einem Produktfehler i.S.d. § 3 ProdHaftG beruhen. | Clause 14.1 Supplier Indemnity The Supplier shall indemnify, defend and hold harmless the Buyer and its affiliates, officers, employees and agents from and against any third-party claims to the extent such claims are directly caused by the Supplier's culpable breach of contract or a product defect within the meaning of Section 3 of the German Product Liability Act (Produkthaftungsgesetz). |
| § 14.2 Ausschluss Eine Freistellungspflicht besteht nicht bei bestimmungswidriger Verwendung durch den Käufer, eigenen Fehlern des Käufers oder eigenmächtigen Modifikationen ohne Zustimmung des Lieferanten.   | Clause 14.2 Exclusions The Supplier's indemnification obligation shall not apply to claims arising from improper use of the Deliverables by the Buyer, the Buyer's own negligence, or modifications made without the Supplier's prior written consent.  |
| [Anm.: „Hold harmless“ hat im deutschen Recht keine eigenständige Bedeutung.]  | [Note: The "hold harmless" language has no independent legal meaning under German law.]   |
| Deutsch (DE-Fassung)   | English (Consolidated Draft)  |
| § 15.1 Haftungsdeckel Die Gesamthaftung des Lieferanten ist begrenzt auf EUR 5.000.000 pro Schadensfall und EUR 10.000.000 für alle Schadensfälle innerhalb eines Vertragsjahres.  | Clause 15.1 Liability Cap The Supplier's aggregate liability shall be limited to EUR 5,000,000 per individual claim and EUR 10,000,000 for all claims within one contract year.   |
| § 15.2 Ausschluss mittelbarer Schäden Soweit gesetzlich zulässig, haftet keine Partei für mittelbare Schäden, Folgeschäden, entgangenen Gewinn oder Datenverluste, außer in Fällen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit sowie bei zwingender gesetzlicher Haftung.   | Clause 15.2 Exclusion of Indirect Damages To the extent permitted by applicable law, neither Party shall be liable for indirect, incidental or consequential damages, loss of profit, loss of revenue or loss of data, except in cases of wilful misconduct, gross negligence, or mandatory statutory liability.  |
| § 15.3 Vorbehalt Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) sowie bei Ansprüchen aus dem ProdHaftG.   | Clause 15.3 Mandatory Law Carve-Out The limitations of liability shall not apply to damages resulting from injury to life, body or health, to breaches of fundamental contractual obligations (Kardinalpflichten), or to claims under the Produkthaftungsgesetz.  |
| Deutsch (DE-Fassung)   | English (Consolidated Draft)  |
| § 16.1 Definition Höhere Gewalt bezeichnet Ereignisse, die außerhalb des zumutbaren Einflussbereichs einer Partei liegen, zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbar waren und deren Folgen auch durch zumutbare Sorgfalt nicht hätten abgewendet werden können.   | Clause 16.1 Definition Force Majeure means events beyond the reasonable control of a Party that were not foreseeable at the time of conclusion of the Agreement and whose consequences could not have been avoided by reasonable diligence.   |
| § 16.2 Rechtsfolge Tritt ein Ereignis höherer Gewalt ein, ist die betroffene Partei für die Dauer des Ereignisses von der Erfüllungspflicht befreit. Die betroffene Partei hat die andere Partei unverzüglich, spätestens innerhalb von fünf (5) Werktagen, schriftlich zu informieren.  | Clause 16.2 Effect Upon the occurrence of a Force Majeure event, the affected Party shall be relieved of its obligations for the duration of such event. The affected Party shall notify the other Party promptly, and in any event within five (5) Business Days, in writing.  |

| Deutsch (DE-Fassung)  | English (Consolidated Draft)   |
|---|--|
| § 16.3 Kündigungsrecht Dauert ein Ereignis höherer Gewalt länger als neunzig (90) Kalendertage, ist jede Partei berechtigt, den Vertrag durch schriftliche Erklärung außerordentlich zu kündigen, ohne Schadensersatz schulden zu müssen. | Clause 16.3 Termination Right If a Force Majeure event continues for more than ninety (90) calendar days, either Party may terminate this Agreement by written notice to the other Party without liability for such termination. |

Datei: 03\_term\_sheet\_delaware\_english\_law.docx

Term Sheet - Rechtsvergleich

Delaware / New York Law vs. English Law vs. Deutsches Recht

Aktenzeichen: CLC-2024-HH-007 | Parteien: RheinMain Sensors GmbH | Blue Harbor (UK) Ltd. / Blue Harbor Systems Inc. | Stand: 08. April 2024

Zusammenfassung: Praeferierte Loesung: Deutsches Recht (Nr. 1), DIS Hamburg (Nr. 8), EUR-Preis (Nr. 18), Parent Guarantee als Deed EN Law (Nr. 7). Nicht verhandelbar: Kein Ausschluss ProdHaftG (Nr. 13), kein vollstaendiger Waiver of Consequential Damages in AGB (Nr. 5), keine US-Work-for-Hire-Klausel (Nr. 14).

Term Sheet - Arbeitsfassung, nicht rechtsverbindlich. Inhalte fiktiv. Keine Rechtsberatung. Kanzlei Brandt & Wessel, Hamburg, April 2024.

| Nr. | Thema                     | Delaware / New York Law  | English Law   | Deutsches Recht   | Empfehlung / Mandantin  |
|-----|---------------------------|--|---|---|---|
| 1   | Anwendbares Recht         | New York Law (Zahlungen), Delaware Law (Corporate Auth.)                   | Recht von England und Wales (gesamt)  | Deutsches Recht (BGB, HGB) fuer alle Teile                              | DE bevorzugt. Einheitliches Statut vermeidet Depegage-Risiken.                    |
| 2   | Consideration             | Zwingend; nominal consideration (USD 1) ausreichend                        | Zwingend; Formel "for good and valuable consideration" genuegt                | Irrelevant als Wirksamkeitsvoraussetzung; kein Aequivalent im BGB       | DE unkomplizierter. Consideration-Formel weglassen.                               |
| 3   | Gewährleistung / Warranty | UCC Art. 2: Implied warranty of merchantability; AS-IS-Disclaimer moeglich | Sale of Goods Act 1979; Implied terms; B2B teilweise abdingbar                | §§ 434-445 BGB: Sachmaengelhaftung; Maengelruege § 377 HGB              | DE: Maengelruegefristen schuetzen Lieferanten. US-Disclaimer in DE-AGB unwirksam. |
| 4   | Haftungsdeckel            | Cap = 12 Monate Verguetung; Carve-outs fuer Indemnities                    | Direct damages cap = Jahresauftragswert; Consequential damages ausgeschlossen | Cap individuell vereinbar; AGB: § 307 BGB-Kontrolle; ProdHaftG zwingend | EUR 5 Mio. / EUR 10 Mio.-Cap AGB-konform mit Kardinalpflichten-Carve-Out.         |

| Nr. | Thema                    | Delaware / New York Law  | English Law  | Deutsches Recht   | Empfehlung / Mandantin  |
|-----|--------------------------|--|--|---|---|
| 5   | Consequential Damages    | Vollstaendiger Ausschluss<br>haeufig; NY: unterschiedliche Auslegung | Hadley v Baxendale-Test; vorhersehbare Schaeden; abdingbar                 | § 252 BGB: entgangener Gewinn = direkter Schaden; AGB-Ausschluss § 309 Nr. 7 unzulessig       | Kritisch: US-Waiver in DE-AGB unwirksam. Individuell aushandeln.                |
| 6   | Indemnification          | Broad indemnity; Third-Party Claims; verschuldensunabhaengig         | Indemnity = primaere Verpflichtung; Guarantee = akzessorisch               | § 257 BGB: Freistellungsanspruch; § 765 BGB: Buergschaft; § 414 BGB: Schuldbeitritt           | EN-Indemnity entspricht eher Schuldbeitritt (§ 414 BGB) als Buergschaft.        |
| 7   | Parent Guarantee         | Corporate Guarantee: Board-Beschluss; Delaware Corp. Law             | Deed of Guarantee: Deed-Form erforderlich; First Demand Guarantee moeglich | Buergschaft §§ 765 ff. BGB: schriftlich, akzessorisch; selbstschuldnerisch § 773 Abs. 1 Nr. 1 | First Demand Guarantee als Deed (EN Law) empfohlen: schnell vollstreckbar.      |
| 8   | Schiedsverfahren         | AAA oder JAMS; Seat NY; FAA; US-Vollstreckung                        | LCIA London oder ICC; English Arbitration Act 1996; Seat London            | DIS-SchO 2021; § 1025 ff. ZPO; Seat Hamburg; NYC-Convention                                   | DE bevorzugt. DIS guenstiger als LCIA; Hamburg optimal fuer Mandantin.          |
| 9   | Vertragsstrafe / Penalty | Liquidated damages = valid; penalty clause = void                    | Cavendish-Test (2015); LD als genuine pre-estimate of loss                 | Vertragsstrafe § 339 BGB zulaessig; Herabsetzung § 343 BGB moeglich                           | Im EN-Text: 'liquidated damages' statt 'penalty' schreiben.                     |
| 10  | Depegage / Split Law     | Ueblich: NY (Zahlung) + Delaware (Corp.) + EN (Arbitration)          | Moeglich, aber riskant; Widersprueche zwischen Statuten                    | Art. 3 Abs. 1 Rom I-VO erlaubt Depegage; Widerspruchsrisiko hoch                              | Ablehnen. Einheitliches Statut (DE oder EN) unbedingt bevorzugen.               |
| 11  | Good Faith               | UCC-Pflicht in Handelsvertraegen; kein allg. Common-Law-Gebot        | Walford v Miles (1992): kein allg. good-faith-Gebot in EN                  | § 242 BGB: Treu und Glauben als Generalklausel; vorvertraglich §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB  | DE staerker: culpa in contrahendo schuetzt vor Abbruch laufender Verhandlungen. |
| 12  | Datenschutz              | CCPA + State laws; kein Bundes-DS-Gesetz; SCCs fuer EU-Transfer      | UK GDPR + DPA 2018; Angemessenheitsbeschluss 2023 (Uebergangsstatus)       | DSGVO + BDSG; Art. 28 DSGVO: Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV)                               | AVV separat abschliessen; UK-Angemessenheitsbeschluss 2024 ueberwachen.         |

| Nr. | Thema                    | Delaware / New York Law  | English Law   | Deutsches Recht  | Empfehlung / Mandantin   |
|-----|--------------------------|--|---|--|--|
| 13  | Produkthaftung           | Strict liability (Restatement Third); Punitive Damages moeglich; teuer | Consumer Protection Act 1987: Gefaehrdungshaftung; keine Punitive Damages | ProdHaftG: Gefaehrdungshaftung ; keine Punitive Damages; max. EUR 85 Mio.  | ProdHaftG ist zwingend, gilt unabhaengig vom Vertragsstatut (Art. 28 Rom II-VO).             |
| 14  | Intellectual Property    | Work for Hire (17 U.S.C. § 101): Auftragswerk = Eigentum Besteller     | CDPA 1988: Contractor-Werke bleiben beim Ersteller ohne Abtretungsvertrag | UrhG: Schoepferprinzip; kein Work for Hire; nur Nutzungsrechte abtretbar   | US-Work-for-hire-Klausel nach DE UrhG wirkungslos. Nutzungsrechtslizenz korrekt formulieren. |
| 15  | Exportkontrolle          | EAR / ITAR; AES-Meldepflicht; US-extraterritorial                      | Export Control Order 2008; UK Strategic Export Licensing (post-Brexit)    | AWG + AWV; EU Dual-Use-VO (EU) 2021/821; ATEX-Klassifizierung pruefen      | Export-Compliance-Audit vor Signing; ATEX-Klasse der RS-900X verifizieren.                   |
| 16  | Kuendigung / Termination | Termination for Convenience + for Cause; Cure Period 30 Tage           | Termination for Breach; kein allg. Ruecktrittsrecht ohne Vertragsklausel  | §§ 314, 323 BGB: Kuendigung aus wichtigem Grund; Fristsetzung              | Ruecktrittsrecht § 323 BGB fuer Qualitaetsmaengel; Heilungsfrist 15 Werktage.                |
| 17  | Eigentumsvorbehalt       | Retention of Title (Romalpa-Clause): UCC § 2-401; filing erforderlich  | Romalpa Clause (Aluminium Industrie v Romalpa, 1976)                      | § 449 BGB: Eigentumsvorbehalt; einfach, veraengert, erweiterter EV         | Erweiterter Eigentumsvorbehalt aufnehmen; Registrierung im UK pruefen.                       |
| 18  | Preisanpassung           | CPI / PPI-Eskalation; USD-Preis; oft fest oder caps                    | RPI / CPI-Indexklausel; GBP-Basis; rechtlich unproblematisch              | §§ 315, 316 BGB; Indexierung an Statistisches Bundesamt; EUR-Basis         | EUR-Preis + deutscher VPI. Waehrungsrisiko USD/GBP durch EUR-Klausel minimiert.              |
| 19  | Geheimhaltung / NDA      | DTSA (Defend Trade Secrets Act); NDA 2-5 Jahre; Tort + Contract        | Common Law duty of confidence + NDA; keine gesetzliche Mindestlaufzeit    | GeschGehG; Umsetzung EU RL 2016/943; Schutz an Massnahmenpflicht geknuepft | Separates NDA nach GeschGehG; Geheimhaltungsmaßnahmen dokumentieren.                         |
| 20  | Gerichtsstand            | SDNY oder EDNY; NY-Gerichte weltweit anerkannt; hohe Kosten            | Commercial Court / High Court London; Vollstreckung via Hague Convention  | LG Hamburg § 38 ZPO; schnell; kostenguenstig; EuGVVO-Vollstreckung in EU   | LG Hamburg fuer einstw. Rechtsschutz; DIS-Schiedsklausel fuer Hauptsache.                    |